

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 97 (2017)
Heft: 1052

Artikel: Die Mephisto-Initiative
Autor: Hoffmann, Christian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

7 Die Mephisto-Initiative

Was bringt die Tabula rasa der Volksinitiative «No Billag»?

von Christian P. Hoffmann

Was, wenn die Legalisierung der Nashornjagd am Ende dazu führt, dass es mehr Nashörner gibt – weil sie nun wertvoller sind und gezüchtet werden? Das «Mephisto-Prinzip» sehen die Autoren Dirk Maxeiner und Michael Miersch in politischen Initiativen, die auf den ersten Blick fragwürdige Anliegen verfolgen, am Ende aber erfreuliche Wirkungen zeitigen. Eine Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Gilt dieses Prinzip vielleicht auch für die No-Billag-Initiative? Auf ihre Gegner wirkt sie jedenfalls diabolisch. Eine «Medienzerschlagung», ja eine apokalyptische Verwüstung der Schweizer Medienlandschaft befürchten sie im Falle der Annahme. Im Hintergrund ihrer Phantasien gruselt stets der Leibhaftige: Christoph Blocher. Teuflich auch, dass einige Befürworter, vor allem auf der Rechten, in der Initiative eine Chance sehen, dem behäbigen, etwas arrogant daherkommenden linksliberalen «Staatssender» endlich eins auszuwischen.

Manche Sympathien für die radikale Initiative hat die Medienpolitik selbst zu verantworten: Die hauruckartige Einführung einer voraussetzungslos geschuldeten Mediensteuer im Rahmen der RTVG-Revision, ohne zuvor Kern und Grenzen des medialen Service public geklärt zu haben, hinterlässt bis heute einen schalen Beigeschmack. In den vergangenen Jahren wurde nicht nur das SRG-Budget stets weiter aufgebläht, auch die Dienste des grössten Medienhauses der Schweiz wurden ungehemmt ausgeweitet und, gerade im Internet, bis an die Schmerzgrenze des Rechtsrahmens getrieben. Entstanden ist ein zunehmend explosiver Frust bei den privaten Medienanbietern, die sich unfair konkurrenziert sehen, den Jungen, die keine SRG-Programme konsumieren, den Gewerblern, die für das populistische Schelmenstück «Ein Franken pro Tag» blechen müssen, und all jenen, die den «Markt» im Medienmarkt längst schmerzlich vermissen. Ihnen ist nun die Möglichkeit eröffnet, am Dogma der Unantastbarkeit der SRG zu rütteln, welches die SRG-Führung, das UVEK und die CVP erst heraufbeschworen haben.

Aber was bringt die Tabula rasa von «No Billag» überhaupt? Ein Blick in den Initiativtext mag überraschen, denn die Initiative enthält gar nicht viel Neues. Sie verbietet dem Bund das Erheben von Empfangsgebühren. Doch mit der RTVG-Revision haben wir längst eine Mediensteuer, die eben keine Empfangsgebühr ist. Die

Initiative verbietet dem Bund auch den Betrieb von Radio- und Fernsehstationen. Doch die SRG ist schon heute eine private Organisation, keine staatliche. Nur an einer Stelle wird es spannend: dem Bund soll auch die direkte Subvention von Radio- und Fernsehstationen untersagt werden.

Was die Initiative dagegen nicht untersagt, ist die Kulturförderung, etwa durch die Subvention von Filmen und Serien. Warum sollte diese nicht auf weitere Sendeformate ausgeweitet werden, wie Nachrichten und Reportagen? Gerade die «No Billag»-Gegner betonen schliesslich die Bedeutung solcher Sendungen für die nationale Kohäsion und den Austausch zwischen den Sprachregionen. Die No-Billag-Initiative untersagt dem Bund nicht, gezielt solche

Produktionen zu fördern, die diesen Ansprüchen genügen. Die öffentliche Ausschreibung solcher Service-public-Inhalte könnte dann durchaus politikkern organisiert werden – das beweist die vertraute Praxis der Kulturförderung. Natürlich, die SRG hätte bei der Bewerbung um eine Produktionsförderung, angesichts ihrer Erfahrung und Ausstattung, die Nase weit vor den Privaten. Doch zumindest könnten sich neben der SRG auch weitere Akteure

um die Förderung bemühen. Es bestünde also die Chance auf etwas mehr Vielfalt und Wettbewerb.

Kein Kenner der Schweizer Politik erwartet ernsthaft, dass «No Billag» das Ende öffentlicher Finanzierung medialer Inhalte bedeutet. Angesichts der Reformverweigerung des Bundesrats und der SRG könnte sich die Initiative darum als verlockender Befreiungsschlag aus überholten Förderstrukturen erweisen. Statt eines Endes aller Mediensubvention, wie von den Initianten erhofft, könnte die Annahme der Initiative die Politik zwingen, endlich ein innovatives Modell plattformunabhängiger Förderung von Service-public-Inhalten zu entwickeln. Ja, am Ende könnten gar gerade jene der Initiative zustimmen, die sich für eine moderne Medienförderung stark machen. Das wäre dann in der Tat ein Musterexempel des «Mephisto-Prinzips». ◀

«Kein Kenner der Schweizer Politik erwartet ernsthaft, dass «No Billag» das Ende öffentlicher Finanzierung medialer Inhalte bedeutet.»

Christian P. Hoffmann

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.